Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2000)

Heft: 2: Im Herbst beginnt der Energie-Frühling : 3 x Ja für Umwelt und Arbeit

Artikel: Vorort kämpft für allein erziehende Mütter!

Autor: Marti, Kurt

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586527

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

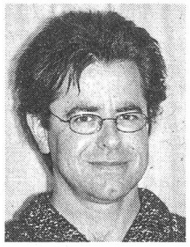
Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Unsägliche Kampagne der Wirtschaft

Vorort kämpft für allein erziehende Mütter!

Der Vorort und die Wirtschaftsförderung sind bekannt für ihre Kampagnen im Dienste der Grossverdiener und gegen die Interessen der sozial Benachteiligten. Sie propagieren auch die Atomenergie; die Zeche überlassen sie vornehm den kleinen KonsumentInnen und posten billigen Strom. Unglaublich, aber wahr: Neuerdings schlägt das Herz der Bosse auch für die Schwachen!



Von Kurt Marti, Redaktor von «Energie &Umwelt»

Der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein (Vorort) ist der Dachverband der meisten Wirtschaftsverbände der Schweiz. Als Propagandaapparat dient dem Vorort die Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft (Wirtschaftsförderung), welche im gleichen Haus in Zürich ihre Geschäftsstelle hat. Faktisch funkionieren sie nicht nur örtlich, sondern auch organisatorisch unter einem Dach. Die nächste Generalversammlung gibt dazu auch juristisch den Segen.

Unter dem Präsidium des Vizepräsidenten der Roche, Andreas F. Leuenberger, fährt der Vorort einen harten, neoliberalen Kurs im Interesse der Grossen der Industrie und der Finanzwelt und gegen die kleineren und mittleren Unternehmen (KMU), die ArbeitnehmerInnen und die sozial Schwächeren. Im neusten Steuerkonzept verlangt der Vorort die Abschaffung der direkten Bundessteuer und die Verlagerung auf die unsoziale Mehrwertsteuer. Zudem wehrt er sich mit Händen und Füssen gegen eine Kapitalgewinnsteuer.

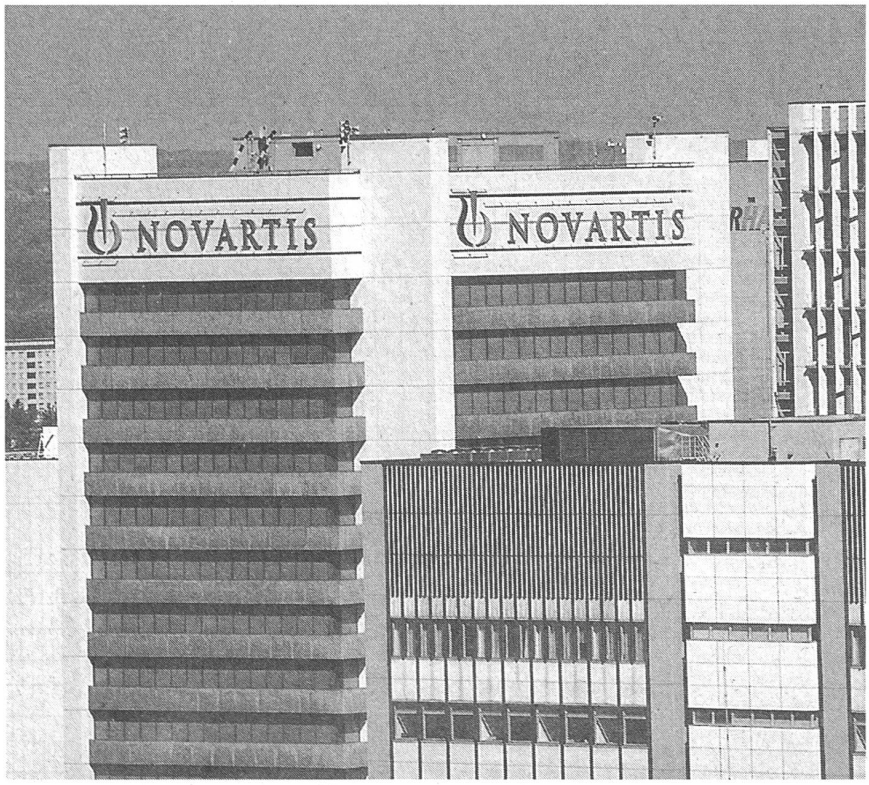
Anonymes Komitee für Gerechtigkeit

Unbeschreiblich war der Jubel der Wirtschaftsförderung nach der abgelehnten Mutterschaftsversicherung. Der wf-Pressesprecher Fredy Müller triumphierte sarkastisch, der Urnengang werde «in die Geschichte des Sozialstaates Schweiz eingehen,» und bezeichnete «das Kinderhaben als eine private Angelegenheit,» wo staatliche Subventionen nichts zu suchen hätten. Derselbe Fredy Müller leitet für den Vorort und die Wirtschaftsförderung den Abstimmungskampf «3xNein» gegen die Energievorlagen vom Herbst.

Ein erstes, ganzseitiges Inserat ist in der Presse bereits erschienen und zeigt die Nase eines Schweins. Unterzeichnet ist das Inserat von einem «Komitee gegen neue und ungerechte Steuern auf Energie, Postfach, 8002 Zürich.» Nähere Angaben auf die wirkliche Urheberschaft fehlen. Müller gibt auf Anfrage bekannt, dass das Komitee «erst im Aufbau begriffen ist und die Wirtschaftsförderung das Sekretariat führt.» Namen und weitere Informationen will er keine liefern und verweist auf die bevorstehende Pressekonferenz.

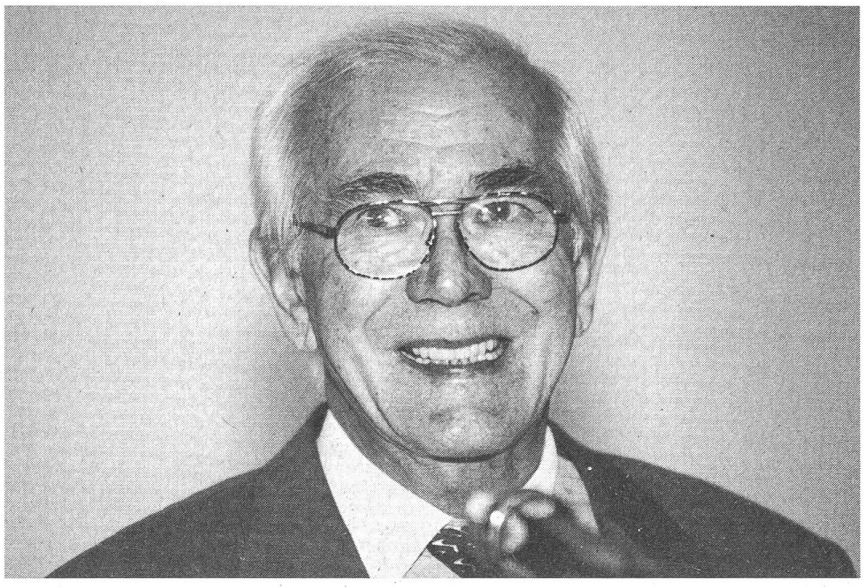
Ungeheure Anbiederei an die Schwachen

In einem eng beschränkten Kreis hat aber die Wirtschaftsförderung schon ein Argumentarium «3xNein» in Umlauf



Bilder: Keystone

Die Spitzen der Basler Chemie schwärmen vom Atom. Wenn es ums Zahlen geht, lehnen sie sich vornehm zurück und überlassen die Zeche den KleinkonsumentInnen und dem Gewerbe.



«Viele werden besonders hart getroffen: zum Beispiel die tiefen Einkommen und die allein Erziehenden.»

Hinter dieser Heuchelei steckt die Wirtschaftsförderung. Deren Präsident ist Heini Lippuner, Mitglied der Geschäftsleitung von Novartis.

gegeben. Darin wird auch klar, was die Wirtschaftsförderung mit dem für sie seltsamen Wort «ungerecht» genau meint: «Wir alle müssen tiefer ins Portmonnaie greifen – aber nicht alle im gleichen Ausmass. Viele werden besonders hart getroffen: zum Beispiel die Familien, der Mittelstand, die tieferen Einkommen, die RentnerInnen, die Randregionen und die allein Erziehenden.»

Dass die Wirtschaftsförderung und der Vorort nicht mit voller Identität hinter solcher sozialpolitischer Anbiederei und Heuchelei stehen kann, ist mehr als logisch. Leute wie Heini Lippuner, Präsident der Wirtschaftsförderung und Mitglied der Geschäftsleitung der Novartis, verstecken sich hinter einem anonymen «Komitee gegen neue und ungerechte Steuern auf Energie» und übernehmen ungehemmt den Jargon der Linken und Gewerkschaften: «Die neuen Steuern sind ungerecht. Einigen wenigen Profiteuren stehen vielen Verlierer gegenüber.»

Die Kleinen zahlen für teures Steckenpferd der Bosse

Beinhart für die Eigeninteressen der Grossindustrie und gegen das Kleingewerbe und die StromkonsumentInnen kämpft der Vorort-Präsident Andreas F. Leuenberger, wenn es um die Öffnung des Strommarktes geht. Anfänglich vertrat Leuenberger noch eine sofortige Liberalisierung, um der Grossindustrie und Basler Chemie noch billigen Strom zu sichern. Doch dann kam er in Konflikt mit seinem Atomcredo. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE), welcher im Kern eine Atomlobby ist, konnte ihn überzeugen. Denn mit einer sofortigen Strommarktöffnung wären die nicht amortisierbaren AKW-Milliarden ganz unschön zu Tage getreten und für die Atommeiler hätte das Totenglöcklein noch eher geläutet. Als Roche-Vize hat sich Leuenberger mit Druck auf die Industriellen Werke Basel (IWB) schon längst mit billigem Strom eingedeckt und überliess die Milliardenzeche für die unrentablen Atomkraftwerke den KMU und den KleinkonsumentInnen. Doch jetzt ging es seinen Lieblingen Leibstadt, Mühleberg, Gösgen und Beznau an den Kragen. Und siehe da: Der Vorort machte einen Bocksprung und spurte auf die VSE-Atomlinie ein, welche eine stufenweise Öffnung in 9 Jahren propagierte.

Im Klartext heisst dies: Leuenberger schwärmt von den schönen Atomkraftwerken, postet Strom zu Billigst-Konditionen und lässt die fehlinvestierten Milliarden seines Atomsteckenpferdes durch das Kleingewerbe und die HaushaltskundInnen bezahlen. Den sofortigen Zugang zum Strommarkt sollen nur Firmen mit mehr als 20 GWh Stromverbrauch im Jahr haben. Das müsste besonders dem Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) zu den-

Die ewig Gestrigen

SVP-Bund der Steuerzahler

Der Bund der Steuerzahler (BDS) tritt mit Inseraten und mit einer Homepage mit dem Titel «Irrsinnige Energieabgaben» an die Öffentlichkeit. Mit astronomischen Zahlen versucht der BDS die MieterInnen und EinfamilienhausbesitzerInnen gegen die Energieabgaben aufzuhetzen. So sollen gemäss BDS-Rechnung nach Annahme der Energievorlagen vom Herbst die Heizkosten für ein Einfamilienhaus von 1110 auf 2310 Franken steigen, jene für eine 4-Zimmerwohnung von 370 auf 1140 Franken (siehe Artikel Seite 10).

Hinter dem BDS mit rund 3000 Mitglieder verstecken sich die Exponenten der kantonalzürcherischen SVP. BDS-Präsident ist der SVP-Kantonsrat Alfred Heer, dessen Vorstösse sich um die Themen Asylbewerber, Kriminalität und zu teuere Billetthäuschen der Verkehrsbetriebe Zürich scharen. Vizepräsident ist der SVP-Kantonsrat Hans Egloff. Weitere Mitglieder im BDS-Vorstand sind Karl Schröder, Sekretär der Stadtzürcher SVP, der SVP-Kantonsrat Thomas Meier und der Unternehmensberater Martin von Reding. Meier ist Redaktor bei der rechtskonservativen «Schweizerzeit», deren Chef-Redaktor SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer ist. Von Reding ist Präsident des «Schweizerischen Neuen Rütlibundes», der echt vaterländisch gegen «das sozialistische EU-Konzept» wettert und Freiheit und Lebensstandard der Schweiz in grösster Gefahr sieht.

Wollte schnelle Marktöffnung und wurde von der Allianz Vorort-VSE-Atomlobby kaltgestellt. Hiag-Chef Gustav E. Grisard.

ken geben. Denn von seinen 650 Mitgliedern erreichen diese Marke bloss zehn. Der Rest wird zusammen mit den KleinkonsumentInnen für die AKW-Fehlinvestitionen blechen.

Vorort für Atomruinien und gegen Kleingewerbe

Ein erstes Opfer dieser doppelbödigen Energiepolitik des Vororts ist dessen Vizepräsident Gustav E. Grisard, der im Organigramm des Vororts nicht mehr figuriert. Er hatte sich vor einem Jahr an einer Vorort-Pressekonferenz zur Strommarktöffnung nicht an den von Präsident Leuenberger vorgekauten Pressetext gehalten und sich im Widerspruch zu diesem, für eine schnelle Marktöffnung auch für die KMU eingesetzt. Als Konzernchef der im Holzgeschäft tätigen Hiag-Gruppe, welche jahrelang in grossen Schwierigkeiten steckte, wollte auch er sofort von billigerem Strom profitieren.
Verständlicherweise konnte da Grisard die Worte Leuenbergers in seinem Pressetext nicht vorlesen. Auf Druck seiner AKW-Freunde hatte Leuenberger seinem Vize-Präsidenten klammheimlich folgende Worte in den Text geschmuggelt: «Die Frage der nicht amortisierbaren Investitionen soll die Strombranche selbst regeln. Die schrittweise Öffnung des Marktes, die langsamer vonstatten geht als jene auf dem EU-Binnenmarkt, soll es den betroffenen Firmen erlauben, die nicht realisierbaren Amortisationen im Rahmen der laufenden Finanzplanung vorzunehmen.»
Im Klartext: Die KMU und die KleinkonsumentInnen zahlen für Leuenbergers Atomcredo. Grisard hätte dazugehört. Jetzt fehlt er ihm Vorort-Diagramm.

Arbeitgeber mit Slalomtechnik

Hingegen nehmen an den Sitzungen des Vororts der Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, Fritz Blaser und der Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Hans Rudolf

Zerstrittene Energielobby wie gelähmt

Stromverband VSE: Die Atomstromer verlassen das sinkende Schiff

Vom einst stolzen Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) bleibt nur noch ein Häufchen Elend. Einer nach dem anderen verlässt das sinkende Schiff: Nach der Pensionierung von VSE-Direktor Max Breu sprang zuerst die omnipräsente Kommunikatorin und Kämpferin fürs Atom, VSE-Vize-Direktorin Irene Aegerter, von Bord. Jetzt folgt ihr Vize-Direktor Martin O. Saxer. Auf die Frage, welche Parolen denn der VSE für die Herbstabstimmungen vertrete, antwortete der zukünftige Direktor der Gaslobby (VSG): «Ich bin noch drei Tage beim VSE. Die VSE-Parolen werden im Juli gefasst.» Der VSE ist wie gelähmt. Seit Monaten erscheinen keine Pressemitteilungen mehr.

AVES attackiert Erdölvereinigung und diese den Vorort

Überraschend hat sich die Erdölvereinigung für die Ja-Parole zur Grundnorm, also die ökologische Steuerreform ausgesprochen. Für Konrad Studerus von der Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz (AVES) war das «zunächst sehr unverständlich.» Doch jetzt versteht Studerus das Ausscheren der Erdölvereinigung und kommentiert: «Das ist pures Eigeninteresse!» Die Erdölvereinigung wolle sich damit einen Vorteil gegenüber dem Erdgas verschaffen. Denn die Erdölvereinigung sei für die Grundnorm, weil sie gegen eine CO_2-Abgabe sei. Erstere belaste den Energieinhalt, letztere die Emission. Weil das Erdgas weniger CO_2 ausstosse, fahre die Erdgaslobby mit einer CO_2-Abgabe um rund 20 Prozent besser. Die AVES ihrerseits bleibe ihrer Atomliebe treu und habe dreimal Nein beschlossen.
Die Erdölvereinigung ihrerseits kontert die Kritik aus den Reihen des Vororts kurz und bündig: «Eine Ressourcenbesteuerung wurde bereits eingeführt, so die Mineralölsteuer. Die von den Gegnern hervorgehobene Ablehnung von Ressourcensteuern ist deshalb unverständlich.»

Vereinigung der Schweizerischen Gasindustrie schmollt

Auch die Vereinigung der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) versteht die Welt nicht mehr und schürt den alten Streit mit der Erdöllobby. Die VSG kann es nämlich nicht verstehen, dass das Erdgas gleich hoch belastet wird wie das Erdöl, obschon es viel ökologischer sei. Da macht die VSG nicht mit und sagt: Nein!

Eiertanz des Energieforums Schweiz

Für die Grundnorm ausgesprochen hat sich ebenfalls das Energieforum Schweiz, dessen Präsidentin die FDP-Ständerätin Vreny Spoerry ist. Ganz sicher ist sich das Energieforum allerdings nicht, denn in seinem Mitteilungsblatt vom Dezember 1999 argumentiert das Energieforum, die Grundnorm lasse sich «mit ordnungspolitischer Reinheit nicht vereinbaren», um ein paar Zeilen später die Grundnorm «als gelungenen ersten Schritt in Richtung einer ökologischen Steuerreform» zu würdigen.

Nicht an den vorgekauten Text gehalten: Konsternierter Vorort-Vize-Präsident Gustav E. Grisard; vorne Vororts-Präsident Andres F. Leuenberger.

Früh teil. Beide Verbände haben sich für ein dreifaches Nein ausgesprochen: Der Gewerbeverband gegen eine breite Koalition von kleineren und mittleren Unternehmern, welche von einer Energieabgabe profitieren könnten, und die Slalomtechniker des Arbeitgeberverbandes gegen ihre früheren Bekenntnisse zu einer staatsquotenneutralen ökologischen Steuerreform. Im nächsten September hat das Volk eine gute Gelegenheit, dem doppelbödigen, ja zynischen Spiel der Bosse im Vorort einen Denkzettel zu erteilen. ❐

Die Autoimporteure haben die freiwilligen Vereinbarungen zur Treibstoffabsenkung einfach ignoriert. Das Bundesamt für Energie (BFE) nimmt die Verweigerung achselzuckend zur Erkenntnis.

Wirtschaft schindet bloss Zeit

Freiwillig in den Abgrund

Die Wirtschaftsverbände setzen auf das Prinzip «Freiwilligkeit» und deshalb befürworten sie das CO_2-Gesetz, welches am 1. Mai 2000 in Kraft getreten ist. Gemäss Gesetz muss der Ausstoss von CO_2 bis 2010 gegenüber dem Stand von 1990 um zehn Prozent reduziert werden. Schon jetzt zeichnet sich ein Misserfolg ab und man und frau kann sich ausmalen, mit welchen Slalomtechniken sich die Wirtschaft aus der Verantwortung scheren wird. Im Moment geht es den Wirtschaftsbossen allerdings nur um eines: Zeit schinden!

1. **Autoimporteure zeigen dem Bundesrat die lange Nase:** Am 1. Januar 1996 ist die Verordnung über die Absenkung des spezifischen Treibstoffverbrauchs von Personenwagen (VAT) in Kraft getreten. Auch damals sind die Autoimporteure mit den Fahnen der Freiwilligkeit angetreten. Innert fünf Jahren sollte der durchschnittliche Benzinverbrauch von Neuwagen um insgesamt 15 Prozent gesenkt werden, das macht im Jahr eine Absenkung von 3 Prozent. Bundesrat und Autoimporteure haben damals geprahlt, das sei kein Problem, Autos mit einem Verbrauch von 3 bis 5 Litern technisch bereits gereift. Der Bundesrat forderte die Autoimporteure auf «ihre Marketingaktivitäten zu Gunsten von sparsamen Personenwagen zu intensivieren.» Bei dieser Aufforderung blieb es. Nach vier Jahren und vier Monaten zieht Peter Cunz, Leiter Sektion Wirtschaft beim Bundesamt für Energie (BFE), ein niederschmetterndes Fazit: «Die Absenkung pro Jahr beträgt ungefähr ein Prozent.» Eine Absenkung um ein Prozent haben vor fünf Jahren die Autoimporteure als Trendwirkung angegeben, welche ohne spezielle Massnahmen erreichbar seien. Folglich haben die Autoimporteure die VAT in den Kofferraum und die Hände in den Schoss gelegt.

2. **Energieverbrauch nahm 1999 extrem zu:** Letztes Jahre ist mit dem Wachstum der Wirtschaft auch der Energieverbrauch in die Höhe geschnellt. Der Stromverbrauch hat um 3,2 Prozent zugenommen, während die Verbrauchszunahme der letzten 10 Jahre bei durchschnittlich 1,1 Prozent lag. Auch der Treibstoffverbrauch hat horrend um 4,5 Prozent zugenommen. Diese Steigerungsraten sind doppelt so hoch wie die Durchschnittszahlen der letzten 25 Jahre!